

## Protokoll über die Gemeinsame Sitzung des Jugend- und Sozial- und Finanzausschusses

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 11.04.2019  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:00 Uhr  
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),  
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende

Beigeordnete Brodtmann  
Ratsfrau Bertram

#### Mitglieder

Ratsfrau Funk-Pernitzsch  
Ratsfrau Driemel  
Ratsherr Piepho  
Ratsherr Urbanke  
Ratsherr Franke  
Ratsherr Fritsche

Beigeordneter Wiek  
Ratsherr Winkelmann  
Ratsherr Gensicke  
Beigeordneter Neumann  
Ratsfrau Lietz  
Ratsherr Schaper

#### Bürgerdeputierte

Frau Eilert  
Frau Gottschalk  
Herr Henkenjohann

#### Von der Verwaltung

Herr Beushausen  
Herr Brinckmann  
Herr Stellmacher  
Herr Sievers  
Herr A. Heuer  
Frau Schaper (Protokollführerin)  
Frau Meyer

### **Abwesend:**

Frau Fokken - unentschuldig  
Herr Friedemann - unentschuldig

## Öffentlicher Teil

### 1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses und Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Die Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses, Frau Brodtmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Ratsherrinnen und Ratsherren, die Vertreter der Verwaltung, Frau Niemann und Herrn Stumpe von der Presse und die Zuhörer. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

### 2. **Abschluss einer Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kinderbetreuung (KITA-Vertrag) Vorlage: 236/XVIII mit Anlagen KITA-Vertrag 2019 und Erläuterungspapier zum KITA-Vertrag**

Herr Beushausen gibt zur Vorlage noch weitere Informationen. Dabei verzichtet er bewusst auf die nochmalige Darstellung der Chronologie der über 12 Monate dauernden Verhandlungen, die umfangreich bekannt sein müssten. Seine Ausführungen beziehen sich vorwiegend auf die finanzielle Sichtweise. Zu Beginn seiner Ausführungen gibt Herr Beushausen den Standpunkt der Verwaltung wieder. Die Verwaltung wird eine Empfehlung zur Zustimmung des Vertrages mit den anhänglichen verbindlichen Erläuterungen geben.

Herr Beushausen macht gleichzeitig deutlich, dass es sich hierbei nur um eine Momentaufnahme handelt. Die Entwicklung wird weiter verfolgt. Der neue Vertrag sieht vor, dass für Alfeld eine Besserstellung von ca. 300.000 Euro im Vergleich zur bisherigen Handhabung eintritt. Hierbei handelt es sich um keinen Gewinn, sondern um eine Verringerung des Defizits. Grundsätzlich wird die Kinderbetreuung und Tagespflege im Defizitbereich bleiben. Vorliegende Informationen aus dem Landkreis besagen, dass dieser die Kreisumlage für diejenigen Städte und Gemeinden um 9,2 Punkte erhöhen wird, welche den Vertrag nicht unterschreiben. Sollte Alfeld ablehnen, dann würde eine Verschlechterung eintreten.

Davon ausgehend, dass ein Punkt Kreisumlage für die Stadt Alfeld (Leine) zur Zeit 205.000 Euro beträgt, ergäbe sich bei der geplanten Erhöhung eine Zahlungsverpflichtung in einer Größenordnung von ca. 1,9 Mio. Euro. Dieser Betrag entspricht fast annähernd dem Plandefizit des Haushaltsjahres 2018 unter den Altbedingungen. Die für das Haushaltsjahr 2019 bereits prognostizierten Veränderungen aufgrund des vorliegenden Angebotes des Landkreises würden bei Nichtzustimmung zum Vertrag mithin eine Verschlechterung um 300.000 Euro im Haushaltsjahr 2019 bedeuten.

Ob die vom Landkreis Hildesheim angestrebte Erhöhung der Kreisumlage rechtlich zulässig sei oder nicht, will Herr Beushausen an dieser Stelle nicht beurteilen. Im Rahmen einer Worsed-Case-Szenario-Betrachtung müsse sie aber in die Vergleichsrechnung mit einbezogen werden.

Äußerst positiv ist auch die Tatsache zu bewerten, dass der vorliegende Vertrag außerordentliche Kündigungsmöglichkeiten enthält.

Offen ist weiterhin die Frage nach der Beteiligung des Landkreises an den Investitionskosten. Diese Frage soll bekanntlich bis zum Sommer 2019 in einer zweiten Verhandlungsrunde geklärt sein. Wichtig ist in diesem Zusammenhang als Ergebnis eine Entlastung beim notwendigen Investitionsaufwand zu erreichen. Erst danach lässt sich eine abschließende betriebswirtschaft-

liche Betrachtung vornehmen. Sollte dabei ein unbefriedigendes Ergebnis herauskommen, dann könnte von dem eingeräumten Sonderkündigungsrecht Gebrauch gemacht werden. Grundsätzlich haben bei den intensiven Verhandlungen betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte die Kernpunkte gebildet. Am Verhandlungstisch, wenn auch nicht immer gemeinsam, saßen als Verhandlungsparteien die Städte und Gemeinden, vertreten durch ihren Finanzarbeitskreis, zu dem Herr Beushausen gehört, die große Koalition und die Landkreisfachverwaltung. Diese Verhandlungsparteien werden zukünftig gemeinsam am Verhandlungstisch sitzen.

Abschließend weist Herr Beushausen noch darauf hin, dass das am 6.12.2018 durch den Kreistag beschlossene Grundpapier nicht mehr verhandelbar ist. Der Landrat hat deshalb aus Fachsicht Erläuterungen zu den darin noch offenen und strittigen Punkten gegeben. Eine Einarbeitung in das Grundpapier wäre zwar sinnvoll gewesen, aber aufgrund des Beschlusses nicht möglich.

Die Verwaltung empfiehlt letztendlich eine Zustimmung zum Vertrag mit den verbindlichen Erläuterungen.

Frau Bertram bedankt sich für die gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse. Sie hätte gern eine detailliertes Zahlenwerk, aufgeschlüsselt nach Personalkosten und Investitionen, wie es kurz vor der Sitzung in der AZ zu finden war, zur Hand gehabt, da das komplexe Thema nicht leicht zu verstehen ist. Gleichzeitig führt sie aus, dass die Gruppe von CDU und FDP zustimmen wird.

Herr Beushausen antwortet, dass eine komplette Zahlenaufstellung nicht möglich war, zumal erst am vergangenen Wochenende die Information zur Erhöhung der Kreisumlage ihm bekannt wurde. Auf danach erfolgter Nachfrage der AZ hat er darauf geantwortet, sodass die AZ inhaltlich und graphisch diese Information in ihrer Berichterstattung verarbeitet hat. Unabhängig davon sind die grundlegenden Zahlen im Haushalt nachzulesen. Eine abschließende Bilanz kann erst gezogen werden, wenn mathematisch die Investitionskosten für eine Gesamtbetrachtung vorliegen. Ergänzend führt er aus, dass die Kinderbetreuung, unabhängig wer der Träger ist, grundsätzlich sichergestellt ist und weiterhin vor Ort gestaltet wird.

Herr Franke zeigt wenig Verständnis dafür, dass nach Auslaufen des bisherigen Kita-Vertrages Ende 2017 sich eine lange Verhandlungsdauer anschloss. Er ist dennoch optimistisch, dass der Vertrag in den nächsten zwei Monaten zum Abschluss kommt. Außerdem würde er mehr Informationen zu den Investitionskosten wissen. Z. B. welche Kosten würden überhaupt anteilig übernommen oder würden nur Standardbauten mitfinanziert werden?

Herr Beushausen kann hierzu keine verwertbaren Aussagen machen, denn es sind viele Punkte wie Neubau oder Sanierung, Anzahl der zu schaffenden Plätze oder vorhandene Flächen zu berücksichtigen. Als Beispiel führt er die Stadt Hildesheim an, die ca. 900 Plätze schaffen muss. Referenzbeispiele werden sicherlich eine der möglichen Grundlagen für eine Berechnung sein. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Landkreis keine Fachbearbeitung besitzt. Diese wird hier vor Ort geleistet. Wir müssen am 31.8.2019 fertig sein, sonst verfällt das Sonderkündigungsrecht.

Herr Urbanke betont auch seine Zustimmung zum Vertrag und hält es für absurd, wenn die Aufgabe der Kinderbetreuung vom Landkreis erfolgt und nicht mehr vor Ort.

Herr Wiek gibt bekannt, dass sich die Gruppe SPD und Bündnis90/Die Grünen zu 100% für eine Zustimmung aussprechen, auch, weil es noch keine endgültige Entscheidung ist, die Kinderbetreuung in Alfeld belassen wird und noch Kündigungsmöglichkeiten bestehen. Die handelnden Bürgermeister haben ein gutes Ergebnis erzielt. Das Interesse der Bürger geht zu

dem eindeutig in die Richtung, dass die Kita-Belange von der Stadt fortgeführt werden. Die eigentliche Entscheidung wird im Sommer getroffen.

Herr Schaper geht inhaltlich auf den Vertrag ein. Er hat Nachfragen zu den Absätzen (1) und (5) des § 9, speziell zu den in (1) genannten zusätzlichen 500.000 Euro und den in (5) genannten Zahlengrößen bei Erzielung eines Überschusses durch den Landkreis.

Herr Beushausen gibt dazu, soweit es ihm möglich ist, die gewünschten Erklärungen. Er führt aus, dass die 500.000 Euro im Haushalt verankert sind, die Rückstellungsbildung rauszurechnen ist und aufgrund des sehr guten Haushaltsergebnisses keine Liquiditätskredite vom Landkreis aufgenommen werden müssen. Bei mehrmaligen, darauffolgenden positiven Haushalten ist eigentlich die Kreisumlage zu senken. Dies geschieht nicht. Ob Kommunen deshalb klagen bleibt abzuwarten.

Herr Franke untermauert, dass Gewinne beim Landkreis eigentlich die Senkung der Kreisumlage nach sich ziehen müsste.

Herr Beushausen informiert, dass bereits einige umliegende Gemeinden ihre Zustimmung erteilt haben.

### **Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):**

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die als Anlage beigefügte Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kinderbetreuung (KITA-Vertrag) in der vorliegenden Fassung, einschließlich der ebenfalls beigefügten Erläuterungen hierzu, mit dem Landkreis Hildesheim abzuschließen.“

Jugend- und Sozialausschuss – einstimmig –

Finanzausschuss – einstimmig –

### **3. Anfragen und Mitteilungen**

Herr Wiek geht auf eine schriftliche Anfrage der Gruppe SPD und Bündnis90/Die Grünen zum Thema des Kita-Baus ein und bittet die Verwaltung um Beantwortung. Herr Brinckmann beantwortet die Anfrage, ob die Stadt Alfeld in Zusammenarbeit mit der GKHi (Gesellschaft für Kommunale Immobilien GmbH), einer Tochtergesellschaft der KWG Hildesheim, Bauten errichten kann, ohne dass eine öffentliche Ausschreibung erforderlich ist.

Herr Brinckmann informiert, dass unbeschadet der Trägerschaft eine Ausschreibung zu erfolgen hätte.

Herr Urbanke bemerkt zu der Anfrage, dass die Gruppe CDU und FDP bereits im November 2018 eine inhaltlich gleichlautende Anfrage gestellt hat. Dieses wird von Herrn Wiek und Herrn Beushausen verneint, da es sich bei der aktuellen Anfrage um eine gezielte Anfrage zur GKHi handelt, während die Anfrage der CDU/FDP auf private Investoren ausgerichtet war.

Mitteilungen – keine -.

Vorsitzende  
gez. Brodtmann

Vorsitzende  
gez. Bertram

Bürgermeister  
gez. Beushausen

Protokollführerin  
gez. Schaper